

Fortsetzung von Seite 1

Rentenschutzklausel mit Haken

präsentierte indes die IG Metall. In dem Memorandum, welches zahlreiche Verbände, so auch der SoVD, in der Mehrheit der aufgeführten Punkte teilen (siehe Berichterstattung weiter unten), wird unter anderem die Rücknahme der

ab 2012 schrittweise vorgesehenen Erhöhung des Rentenalters auf 67 gefordert.

Trotz einzelner kritischer Stimmen haben die Fraktionen von CDU/CSU und SPD ihre Zustimmung zur Rentenschutzklausel bekundet.

Seitens der Arbeitgeberverbände wurde die Rentengarantie hingegen abgelehnt. „Der Beschluss ist eine Fehlentscheidung“, sagte Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Ob mit der Schutzklausel Menschen im Ruhestand zusätzliche Enttäuschungen erspart bleiben, wird die weitere Entwicklung zeigen.

Dabei trägt auch die demografische Entwicklung in Deutschland nicht dazu bei, das Rentenniveau stabil zu halten: Weil die Gesellschaft immer älter wird, steigt die Zahl der Rent-

nerinnen und Rentner rapide an. Derzeit finanzieren durchschnittlich mehr als zwei Beschäftigte ei-

nen Menschen im Ruhestand. In 40 Jahren wird ein Beschäftigter auf einen Rentner kommen.

Rentengarantie findet laut Umfrage Zustimmung

Die vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachte Schutzklausel gegen Rentenkürzungen findet bei den Bürgern breite Zustimmung. Zwei Drittel (68 Prozent) unterstützen laut einer Umfrage im Auftrag der ARD-„Tagesthemen“ den Plan, Rentenkürzungen per Gesetz auszuschließen. 28 Prozent sind jedoch der Ansicht, dass die Renten sinken sollten, wenn auch die Löhne sinken.

Das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap befragte 1000 Bundesbürger telefonisch. Dabei äußerte ein wachsender Teil der Befragten (57 Prozent) Sorge um die wirtschaftliche Zukunft, 38 Prozent haben Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Vier von zehn Deutschen gaben an, wegen der Wirtschaftskrise bereits jetzt weniger Geld zur Verfügung zu haben. Nach wie vor glauben drei Viertel (76 Prozent), dass sich die Krise verschlimmern wird.

dpa

SoVD nimmt Stellung zur Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes

Kein Kostendiktat für die Pflege

Der Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs hat heute den zweiten Teil seines Berichts vorgelegt, in dem er Vorschläge zur Umsetzung unterbreitet. Der SoVD sieht in dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff eine Chance, den individuellen Pflegebedarf differenzierter zu erfassen.

Es hänge aber entscheidend von der Umsetzung ab, ob der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff dazu beitrage, Pflegebedürftigen ein weitgehend selbstbestimmtes und eigenständiges Leben zu ermöglichen, erklärt SoVD-Präsident Adolf Bauer in einer Presseerklärung.

Es sei überfällig, dass auch der Pflegebedarf von Menschen mit Sinnesbeeinträchtigungen, wie zum Beispiel Demenzkranken, künftig stärker berücksichtigt werde. Dies dürfe aber nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen mit körperlichen

Einschränkungen gehen. Die Neuordnung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs dürfe nicht unter dem Diktat der Kostenneutralität stehen. Im Mittelpunkt müssten der pflegebedürftige Mensch und die Verwirklichung einer würdevollen Pflege stehen. Niemand, der jetzt einer der drei Pflegestufen zugeordnet ist, dürfe durch die Einteilung in fünf Bedarfsgrade schlechter gestellt werden.

Nach Einschätzung des SoVD ist es positiv anzumerken, dass der Beirat für alle fünf Bedarfsgrade auch

Leistungen der Pflegeversicherung vorsieht. Der vorgeschlagene Geldbetrag für den neuen Bedarfsgrad 1 könne allerdings nur ein Einstieg sein, so der SoVD-Präsident. Unverzichtbar sei es außerdem, dass ein neues Begutachtungsverfahren den Reha-Bedarf von Pflegebedürftigen zuverlässig erkenne. Der gesetzlich verankerte Grundsatz, dass Pflegebedürftige Anspruch auf Rehabilitationsmaßnahmen haben, die ihre Selbstständigkeit bewahren oder wiederherstellen, müsse endlich auch umgesetzt werden.

SoVD durch Präsident Adolf Bauer auf IG-Metall-Kongress vertreten

„Für einen neuen Generationenvertrag“

Auf einem zweitägigen Kongress der IG Metall mit dem Titel „Für einen neuen Generationenvertrag“ im Berliner Estrel-Hotel wurden die Vorstellungen der Gewerkschaft zu einer Reform der Alterssicherung präsentiert, andere Konzepte und Lösungswege diskutiert sowie arbeits- und sozialrechtliche Fachfragen rund um das Thema Rente erörtert.

Am ersten Veranstaltungstag gab es neben einer einführenden Podiumsdiskussion eine Reihe von Foren, in denen das im Wesentlichen vier Punkte umfassende Programm der IG Metall zur Vermeidung von Altersarmut vorgestellt wurde. Die IG Metall setzt sich danach für eine Erwerbstätigenversicherung ein, fordert die Sicherung des Lebensstandards durch die gesetzliche Rente, die Pflicht der Arbeitgeber zum Angebot einer betrieblichen Rente, flexible Altersübergänge und den Verzicht auf eine Rente mit 67.

SoVD-Präsident Adolf Bauer war vonseiten des IG-Metall-Vorstandes gebeten worden, an einer am zweiten Tag des Kongresses

stattfindenden Podiumsdiskussion teilzunehmen, in der Vertreter von Verbänden und Organisationen ihre Vorschläge für eine zukunftsfähige Rente darstellten. Das Podium folgte einer Runde, in der Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der FDP) ihre Konzepte zur Alterssicherung vorstellten und Stellung zum IG-Metall-Konzept nehmen konnten. Neben Adolf Bauer waren auf dem Podium Hans-Jürgen Urban von der IG Metall, Birgit Zenker von der KAB (Katholische Arbeitnehmer-Bewegung), Franz Segbers, Professor für Sozialethik an der Universität Marburg, und Sven Frye der Jugendorganisation „Die Falken“ vertreten.

Die Positionen der Podiumsteilnehmer glichen sich in den meisten im Memorandum der IG Metall vorgestellten Punkten. Adolf Bauer verwies auf die Konzepte des SoVD zur Korrektur der Fehlentwicklungen in den sozialen Sicherungssystemen. Er sprach sich dafür aus, keinen radikalen Wechsel bzw. Neuanfang zu fordern. Er betonte, dass sich die Rentenversicherung immer wieder als starkes und höchst anpassungsfähiges System bewährt habe und es besser sei, sich für eine sozial ge-

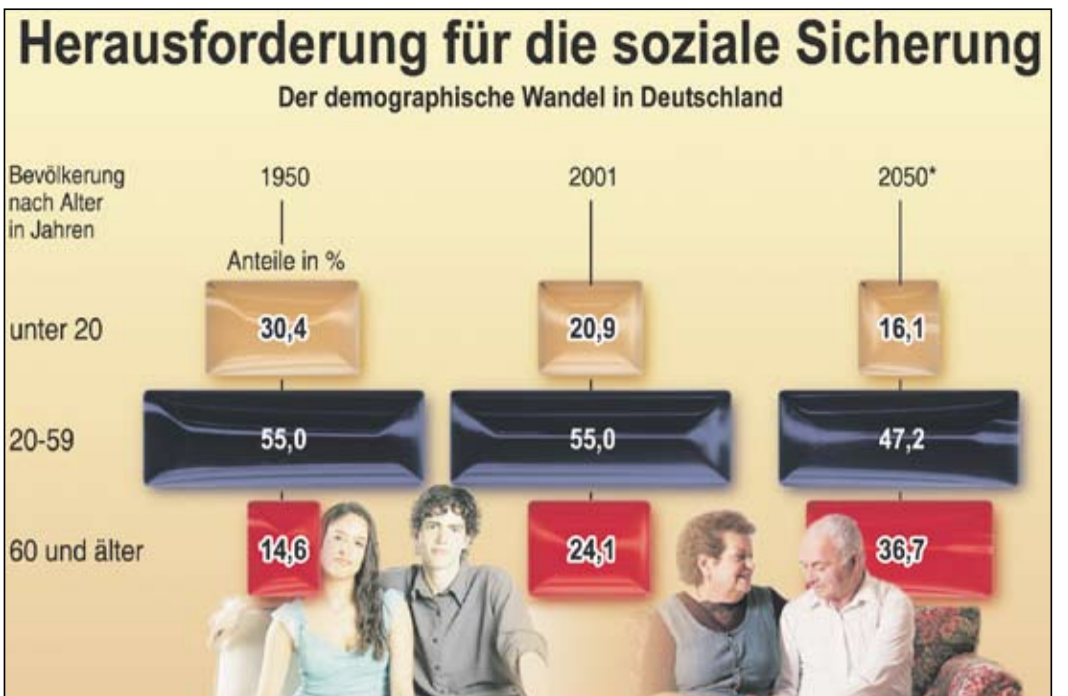


Fotos (2): Borrs

Die Podiumsteilnehmer (von links): Dr. Hans-Jürgen Urban, IG Metall, Sven Frye, „Die Falken“, Adolf Bauer, SoVD-Präsident, Birgit Zenker, KAB und Franz Segbers, Professor für Sozialethik an der Universität Marburg.

rechte Anpassung an die aktuellen Herausforderungen und Probleme der Sicherungssysteme einzusetzen und Fehlentwicklungen zu korrigieren. Birgit Zenker betonte die Wichtigkeit der Berücksichtigung auch typischer weiblicher Erwerbsbiografien bei der Alterssicherung. Professor Franz Segbers kommentierte den IG-Metall-Vorschlag aus einer sozialetischen Perspektive

und sprach sich dafür aus, dass bei der Frage nach der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme weniger die Frage der Generationen-, als vielmehr der Verteilungsgerechtigkeit diskutiert werden sollte. Sven Frye unterstützte den IG-Metall-Vorschlag uneingeschränkt. Alle Podiumsteilnehmer erklärten ihre Bereitschaft, sich weiterhin für eine bessere Sozialpolitik einzusetzen.



Grafik/Text: imu-Infografik, Quelle: Statistisches Bundesamt

Weniger Junge, mehr Alte: Ob Renten-, Kranken-, Pflege- oder Arbeitslosenversicherung – das gesamte System der umlagefinanzierten Sozialversicherung ist vom demografischen Wandel betroffen. Es funktioniert, solange eine große Anzahl Erwerbstätiger Beiträge zahlt, aus denen auch Leistungen für Ältere bezahlt werden. Die Zahl der Jungen und damit der Erwerbstätigen schwindet zunehmend, andererseits werden die Deutschen immer älter. Die Leistungen für Rente, Gesundheit und Pflege steigen.